

Befehl

№ 1/2014

Deutsches Reich



1. Februar 2014

Der Generalbevollmächtigte

1. Die staatlichen Charakter suggerierende Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) „Bundesrepublik in Deutschland“ ist mit sofortiger Wirkung verboten, da sie nie staatshoheitliche Rechte inne hatte und ihr das zeitweilig übertragene verwaltungshoheitliche Recht zum 18.07.1990 entzogen wurde.
2. Die Firma „**Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH**“ (HRB 51411 / 29.08.1990) hat mit sofortiger Wirkung Konkurs anzumelden.
 - 2.1. Die Firmenleitung und alle ihr an- oder zugeordneten Subunternehmen sind mit sofortiger Wirkung aufgelöst.
3. Alle nach Alliierten Recht (SHAEF-Gesetze, BK/O, SMAD-Befehle) und dem Deutschen Recht illegal fungierenden Gerichte, Finanzagenturen und alle weiteren Verwaltungskonstrukte der BRD GmbH sind hiermit für nichtig erklärt und haben sofort ihre subversiven Tätigkeiten gegen das Deutsche Volk einzustellen. Insbesondere sind sämtliche Steuerzwangsmaßnahmen gegen das Deutsche Volk unwiderruflich und sofort zu beenden.
 - 3.1. Die Finanzagenturen haben mit sofortiger Wirkung alle seit dem 18.7.1990 beigetriebenen Gelder von Bürgern unaufgefordert an die Bürger zurück zu erstatten, soweit sie nicht explizit als Schenkung deklariert waren.
4. Die Politischen Parteien der BRD GmbH sind verboten.
 - 4.1. Die Neubildung derartiger Organisationen auf Deutschem Boden ist für alle Zeiten untersagt.
5. Sämtliche Kampf- und Kriegshandlungen der BRD GmbH gegen die internationalen Völker der Welt sind unverzüglich einzustellen (Verstoß gegen Artikel 40 Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges [HLKO]).
 - 5.1. Waffenhandel ist verboten. Hierfür bedarf es der ausdrücklichen schriftlichen Genehmigung der Reichsregierung und der Alliierten Hohe Hand der Russischen Föderation.
6. Sämtliche Kampf- und Kriegshandlungen der BRD GmbH gegen das Deutsche Volk sind unverzüglich einzustellen (Verstoß gegen Artikel 46 und 47 Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges [HLKO]).
 - 6.1. Die Polizei-Stiftungen der BRD GmbH sind mit sofortiger Wirkung der Reichsregierung des Deutschen Reiches unterstellt.
 - 6.2. Alle politischen Gefangenen und wegen Steuerzwangsmaßnahmen inhaftierten Menschen und Personen sind sofort in die Freiheit zu entlassen.
 - 6.3. Die Bundeswehr GmbH (Söldnerarmee der NATO) gilt als aufgelöst und dem Reichswehrministerium, in Absprache mit der Alliierten Hohen Hand der Russischen Föderation, unterstellt.
 - 6.4. Pornographie im Unterricht an deutschen Schulen ist ab sofort verboten.
 - 6.5. Menschenhandel und der Handel mit deren Organen ist ab sofort verboten.
7. Die weitere Verwendung des illegalen Zahlungsmittels „Euro“ wird hiermit untersagt.
 - 7.1. Als Besatzerwährung ist, bis zur Neuschaffung nach dem Friedensvertrag, die von den Alliierten, nach dessen Verbot der „Reichsmark“ (RM) am 20.06.1948, gem. SHAEF-Gesetz № 67 eingeführte Deutsche Mark (DEM) zu verwenden.
8. Die Bürgermeister der Land- und Stadtgemeinden haben sich an die betreffenden Reichsländerregierungen zu wenden.
 - 8.1. Sie haben für Sicherheit, Ruhe und Ordnung der Bevölkerung zu sorgen und sich für die Aufklärung der Bürger einzusetzen. Deren status quo ist zu wahren.
 - 8.2. Den politischen Anweisungen von Amtsverhältnisträgern, die sich mit einem Amtsausweis legitimieren, ist Folge zu leisten.

- 8.3. Unter Beachtung der unantastbaren Würde der Menschen ist in einer Übergangszeit für Nahrung, Kleidung, Wasser, Wohnung, Gesundheit Sorge zu tragen.
9. Die Beflaggung hat ab sofort mit der Trikolore schwarz-weiß-rot zu erfolgen.
10. Der Bürgerliche Tod ist ab sofort untersagt und verfassungswidrig!
- 10.1. Mitarbeiter der Standesämter haben weiterhin die Geburten- und Sterberegister zu führen.
- 10.2. Explizit sei darauf hingewiesen, daß den Eltern nach der Niederkunft lediglich eine Bescheinigung über diese Niederkunft auszustellen ist.
11. Die Hohe Hand der Russischen Föderation wird ermächtigt, in Abstimmung mit den Alliierten, die Führungsmitglieder der „BRD Finanz GmbH“ (NGO) sowie derer politischen Parteien als auch Vorstandsmitglieder illegal arbeitender Banken auf Deutschem Boden zu verhaften und das Deutsche Reich in Achtung der Grenzen vom 31. Dezember 1937 auszurufen.

Das Deutsche Volk ist aufgerufen:

- Ruhe zu bewahren,
- sich ihrer inneren menschlichen Werte wieder bewußt zu werden,
- dem Nachbarn Achtung und Hilfe angedeihen zu lassen,
- um so zum friedlichen Gemeinschaftsleben in höchstem Maße wieder zurückzukehren.

zu Groß-Berlin am 30. Januar 2014

Der durch die Alliierten eingesetzte und ermächtigte Generalbevollmächtigte für den Besonderen Status von Berlin, für die Wiederherstellung des Deutschen Reichs,
der Generalbevollmächtigte und Reichskanzler
Dr. h.c. jur. Wolfgang Gerhard Günter Ebel